

28.06.2005 - 12:21 Uhr

Fraport: "Guter Tag für Luftfahrt und Region" / Grünes Licht für Bau der A380-Werft - Entscheidung begrüßt

Frankfurt/Main (ots) -

Einen "guten Tag für die deutsche Luftfahrt und die Region Rhein-Main" nannte die Fraport AG (FSE:FRA) die heutige Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel für die Errichtung der im Süden des Frankfurter Flughafens geplanten Wartungsbasis für die neuen Super-Airbusse A380. Vorstandsvorsitzender Dr. Wilhelm Bender: "Jetzt ist der Weg frei für eine neue Flugzeuggeneration in Frankfurt. Damit wird die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Luftfahrt-Standortes Frankfurt entscheidend gestärkt. Arbeitsplätze werden gesichert, neue geschaffen. Dies alles ist ein sehr positives Signal".

Fraport-Hauptkunde Lufthansa hat bekanntlich 15 der doppelstöckigen A380 bestellt, von denen die ersten bereits 2007 geliefert werden sollen. Die Werft für Super-Airbusse am LH-Drehkreuz Frankfurt muss bis dahin fertig und in Betrieb genommen worden sein. Einen Alternativstandort auf dem Airportareal gab es wegen der Pläne für das Terminal 3 auf jetzigem Gelände der Air Base und auch an anderer Stelle nicht.

Bis 2015 kann damit die weltweit zweitgrößte A380-Flotte in Frankfurt stationiert und gewartet werden. Der Bau der Wartungsbasis und die damit verbundene Verlegung der Okrifteler Straße sollen Anfang November beginnen. Den Bauantrag für die neue Werft hatte die Lufthansa kürzlich eingereicht. Alle Beteiligten sind zuversichtlich, dass die Baugenehmigung rechtzeitig zum Herbst vorliegen wird.

Bei einer für Fraport negativen Entscheidung der Kasseler Richter wäre die LH gezwungen gewesen, ihre A380 dauerhaft anderswo (z.B. in München) zu stationieren. Damit wären auch die mit der Wartung dieser Jets verbundenen Arbeitsplätze nicht in Frankfurt geschaffen worden.

"Jetzt können wir unmittelbar nach dem Ende der Vegetationsperiode, also ab September, mit den erforderlichen Fäll- und Rodungsarbeiten zum Freimachen des Baufelds beginnen", erklärte zur Kasseler Entscheidung der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Fraport AG, Prof. Manfred Schölch. Er erinnerte daran, dass die Flughafengesellschaft unter Inkaufnahme erheblicher Schwierigkeiten für den Terminplan des Projekts auf das Wahrnehmen der sofortigen Vollziehbarkeit des vorliegenden Planfeststellungsbeschlusses verzichtet hatte.

Prof. Schölch sagte weiter, der Respekt vor dem Gericht, aber auch die Vermeidung von emotionalen Spannungen bei den Klägern und Flughafennachbarn habe dies erforderlich gemacht. Jetzt sei zu hoffen, dass auch die Klägerseite sowie die Bürgerinitiativen und Verbände die Entscheidungen des Gerichts akzeptieren und der Projektbeginn nicht durch Behinderungsaktionen irgendwelcher Art gestört werde.

Die in den Verfahren von Mörfelden-Walldorf, Raunheim und Neu-Isenburg ebenfalls verkündeten Beweisbeschlüsse waren von Fraport erwartet worden. "Das Gericht hatte in der mündlichen Verhandlung deutlich gemacht, dass es zu den sich im Einzelfall an Wartungsarbeiten anschließenden notwendigen Triebwerks-Probelaufen noch Aufklärungsbedarf sieht", teilte Prof. Schölch weiter mit. Hier sei, je nach Ergebnis der Beweisaufnahme, die Anordnung von

Schallschutzmaßnahmen denkbar, die Realisierung der Werft bleibe jedoch hiervon unberührt. Allerdings rechne er mit einer Bestätigung der von Fraport im Planfeststellungsverfahren vorgelegten Lärmgutachten. Danach seien keine unzumutbaren Lärmauswirkungen im Bereich der benachbarten Wohnbebauung zu befürchten.

In diesem Zusammenhang wies Prof. Schölch ergänzend darauf hin, dass Fraport im Verfahren zum kapazitiven Ausbau des Flughafens ohnehin vorsorglich Flächenbedarf für eine Schallschutzeinrichtung für Triebwerks-Probelaufe geltend gemacht habe. Vorgesehen ist hierfür der Bereich des jetzigen Zurollwegs zur A380-Werft, der dann nach Westen verschoben würde.

Im Verfahren des BUND hat das Gericht einen Teil der naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen nicht anerkannt und dem Land Hessen eine Ergänzung des Planfeststellungsbeschlusses insoweit aufgegeben. Die Fraport AG geht davon aus, dass dies ohne Schwierigkeiten für das Projekt erfolgen kann.

Pressekontakt:

Fraport AG
Unternehmenskommunikation
Pressestelle (UKM-PS) Telefon:069 690-70555
60547 Frankfurt am Main Telefax: 069 690-55071

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001508/100492525> abgerufen werden.